



CDU-Kreistagsfraktion  
Paradeplatz 10  
24768 Rendsburg  
Tel.: 04331 14160  
Fax: 04331 141620  
info@cdu-rd-eck.de

SPD-Kreistagsfraktion  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel.: 04331 / 202-360  
Fax: 04331 / 202-530  
spd-fraktion@gmx.de

FDP-Kreistagsfraktion  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel.: 04331 / 202-359  
Fax: 04331 / 202-563  
info@fdp-fraktion-rd-  
eck.de

Kreistagsfraktion  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
Kreishaus | 24768 Rendsburg  
Tel. 04331/202-362  
Fax 04331/202-566  
geschaeftsstelle@gruene-  
fraktion-rd-eck.de

SSW-Kreistagsfraktion  
Rendsburg-Eckernförde  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel. 0176 800 95 803  
MSchunck.SSW@web.de

An

- den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Kreises  
Rendsburg-Eckernförde Thorsten Schulz  
([post@thorsten-schulz.net](mailto:post@thorsten-schulz.net))
- das Kreistagsbüro ([kreistagsbuero@kreis-rd.de](mailto:kreistagsbuero@kreis-rd.de))

08.12.2022

## Antrag für die Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, in der Zuwanderungsbehörde entgegen der von der Verwaltung geplanten 4 Stellen befristet auf 3 Jahre, 6 Stellen zu schaffen.

Dazu bitten wir die Verwaltung, die Stellen unbefristet auszuschreiben, da wir aufgrund des Fachkräftemangels sicher sind, dass die gewonnenen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sollten diese nach 3 Jahren möglicherweise nicht mehr in der Zuwanderungsbehörde benötigt werden – anderweitig in der Kreisverwaltung eingesetzt werden können.

### Begründung:

In der Zuwanderungsbehörde wurden in den letzten Jahren insgesamt sechs Stellen abgebaut. Diese Stellen waren notwendig, um die Flüchtlingskrise der Jahre 2014, 2015 und 2016 abzuarbeiten.

Die nunmehr bestehende Flüchtlingskrise hat die Ausmaße von 2015 übertroffen. Allein dieser Aspekt rechtfertigt die Schaffung der genannten Stellen.

Allerdings kommen noch weitere Aspekte hinzu, die daran zweifeln lassen, dass das von der Verwaltung vorgelegte Personaltableau für 2023 auskömmlich sein sollte.

1. Im März 2022 wurde deutlich, dass die Geflüchteten spontan und auch in größeren Mengen zu uns kommen können. Hierauf muss die Verwaltung reagieren können.
2. In der Darstellung der Verwaltung vom 10. November 2022 wurde deutlich, dass weitere Aufgaben für die Zuwanderungsbehörde hinzugekommen sind. Hierzu gehören beispielsweise die erkennungsdienstlichen Maßnahmen.

Die Bundesregierung plant zu Beginn des Jahres 2023 gesetzliche Änderungen, die vermuten lassen, dass weitere Aufgaben auf die Zuwanderungsbehörde zukommen. Die Verwaltung berichtete, dass weitere Gesetze in 2023 geändert oder geschaffen werden sollen. Hierzu gehören das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Chancen-Aufenthaltsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Albrecht  
CDU-Fraktion

Anke Göttisch  
SPD-Fraktion

Tina Schuster  
FDP-Fraktion

Dr. Christine von Milczewski / Lukas Strathmann  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Michael Schunck  
SSW-Fraktion